



Ackerland in Bauernhand

> **Noch keine Entwarnung bei der Elisabeth-Aue**

Zum dritten Mal zog eine Trecker-Demo aus Blankenfelde zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow. Anlass war die vom Senat geplante und von der SPD Pankow befürwortete Bebauung der Elisabeth-Aue. Auf der Tagesordnung der BVV im Februar standen zwei konkurrierende Anträge.

Einerseits der Antrag von Bürgern aus Blankenfelde, unterstützt von CDU und Grünen, in dem der Antragstext der LINKEN vollständig aufgenommen war und andererseits der SPD-Antrag, der eine Bebauung der Elisabeth-Aue mit einer Reihe von Maßgaben befürwortet. Am Ende blieb die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag ganz allein, denn die Piraten gingen auch noch von Bord.

Das Bezirksamt soll sich nun beim Senat für den Erhalt der Felder der Elisabeth-Aue einsetzen. Bevor in Zukunft

wieder solche Bebauungsideen bewegt werden, sind fundierte städtebauliche Gutachten vorzulegen, die eine Abwägung von Vor- und Nachteilen unter Betrachtung von tatsächlichen Wohnungsbedarfen und von alternativen Standorten vornehmen. Die Blankfelder waren zufrieden und tuckerten wieder ins Dorf zurück.

Für eine Entwarnung ist es aber zu früh. Zwischenzeitlich gab Bezirksstadtrat Kirchner (Grüne) bekannt, dass die Gesprächsrunden der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit den Wohnungsbaugesellschaften Gesobau und Howoge und dem Bezirksamt zum Abschluss einer grundsätzlichen Übereinkunft weitergingen. Im Mai soll eine gemeinsame Absichtserklärung zur Bebauung der Elisabeth-Aue unterzeichnet werden. Herr Kirchner beabsichtigt, dieses

Schwerpunktthema

- > **Michelangelo ist wütend**
... weiter auf Seite 3
- > **Teddy ganz eilig**
... weiter auf Seite 3
- > **(N)Olympia Berlin**
... weiter auf Seite 4 und 6
- > **Mietbremschen**
... weiter auf Seite 5
- > **Thomas Mann schwimmt 2017**
... weiter auf Seite 7

Verhandlungsergebnis dem Bezirksamt zur Zustimmung vorlegen. Durch den BVV-Beschluss fühlt er sich offenbar in seinem Tun nicht gebunden. Er braucht eine rote Karte.



Michail Nelken
Bezirksverordneter

> **Beschlossen**

Nach den Beratungen in den zuständigen Fachausschüssen wurden in der BVV einstimmig die Anträge der Linksfraktion für ein deutliches Statement der Willkommenskultur auf den Internetseiten des Bezirksamtes, für eine höhere Lebensqualität in der einstigen DGZ-Bürostadt und für die Herstellung eines Informationsblattes über den Zugang zu existenzsichernden Leistungen für EU-BürgerInnen beschlossen.

> **Wichelhaus**

... heißt eine Kita, die einem privaten Wohnungsbauprojekt weichen muss. Jugendstadträtin Christine Keil (LINKE) sicherte in der Einwohnerfragestunde der BVV Pankow zu, dass die betroffenen Kinder in einer nahegelegenen Einrichtung betreut werden können.

> **Kein Spielplatz**

Wegen starker Belastung des Bodens ist ein Spielplatz im Thälmannpark gesperrt. Stadtrat Kirchner (Grüne) musste einräumen, dass bei Bauarbeiten eine Schutzfolie, die das Aufsteigen giftiger Stoffe verhinderte, zerstört wurde. Nun kommen auf den Bezirk Kosten von mehr als 60.000 Euro zu. Wer aber die Verantwortung dafür trägt, dass die Schutzschicht beschädigt wurde, beantwortete Kirchner nicht. Die Linksfraktion wird in dieser Sache aktiv.

> **Sport für Flüchtlinge**

Der Bezirksbürgermeister berichtet in der letzten BVV von einem Vernetzungstreffen von Sportvereinen und Verwaltung mit dem Ziel, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, die Pankower Willkommenskultur durch Sportangebote für Flüchtlinge zu bereichern.

Einladung BVV-Sitzung

am **6. Mai 2015**

> **31. Tagung der BVV Pankow**

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal in der Fröbelstraße 17

Querbeet

> **Aus der Tagung der 29. BVV**

Zum zweiten Mal bekam die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Februar Besuch in Form einer Trecker-Demonstration aus Blankenfelde. Dazu verweise ich gern auf den Artikel von Dr. Michail Nelken zur Elisabeth-Aue (siehe Seite 1).

Ein interfraktioneller Antrag zugunsten eines Gedenkortes für das Krankensammellager Blankenfelde Nord wurde von der BVV einstimmig beschlossen. In unmittelbarer Nähe des heutigen StadtGut Blankenfelde befand sich von 1942 bis 1945 ein sogenanntes Durchgangs- bzw. Sterbelager für „arbeitsunfähige Ostarbeiter/innen“. Heute erinnert vor Ort nur eine Infotafel daran. Die BVV, die Akteure des „Runden Tisches Lager Blankenfelde“, die Kommission Kunst im öffentlichen Raum und das Museum Pankow werden nun in den Realisierungsprozess eines würdigen Gedenkortes einbezogen.

Am Humannplatz (Prenzlauer Berg) befürwortet eine Initiative von AnwohnerInnen, Eltern und SchülerInnen der nahegelegenen Schule sowie der dortigen Kita die Einrichtung einer regelmäßigen stattfindenden, temporären Spielstraße. Bis auf die Autofahrer-Fraktion (CDU) unterstützt die BVV die testweise Umsetzung dieser Idee.

Der Personalnotstand in der Pankower Stadtbibliothek war und ist Thema in den Sitzungen des Ausschusses für Kultur. Eine Besserung ist nicht in Sicht. Stattdessen ist die Existenz der von Ehrenamtlichen betriebenen Kurt-Tucholsky-Bibliothek gefährdet und eine tragfähige Personalausstattung für den Tandem-Standort Karow-Buch nicht in Sicht. Auf Initiative der Linksfraktion hat der Kulturausschuss einen Antrag beschlossen, damit Modelle für die Sicherung des Betriebs dieser Stadtbibliotheken vorgelegt werden. Auch wenn es sich bei der Kultur um eine „freiwillige“ Aufgabe der Bezirksverwaltung handelt und die Bezirksämter nicht einmal ausreichend Personal für



Treckerdemo zum Erhalt der Elisabeth-Aue am 18. Februar

ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben haben, sollte dieses Aufgabenspektrum durch eine verantwortungsvolle Personalpolitik gesichert werden. Auf Drängen der SPD-Fraktion wurde der Antrag in den für Personal und Finanzen zuständigen Ausschuss überwiesen.

Gegen den Widerstand der CDU beschloss die BVV, dass die Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen in Fluchtsituationen verbessert werden sollen. Die Senatsverwaltung für Bildung muss sich der Situation stellen und entsprechend des Bedarfes – auch von Geflüchteten im Asylverfahren – Schul- und Ausbildungsangebote anpassen.



Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

DIE LINKE.

Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780

Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

**Linksfraktion in der
BVV Pankow**

Bezirksamt

Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73

Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de

Bürgerwut

> An der Michelangelostraße

Die BVV hat schon manchen Bürgerprotest erlebt. Was sich aber am 12. Februar im Stadtentwicklungsausschuss entlud, war heftig. „Verarschung“, „Verdunkelung“, „Betrug“, „korrupte und unfähige Politiker“ - mit diesen Worten machten zahlreiche Besuchern ihrer Wut Luft. Der Tagesordnungspunkt, der über 200 Bürger auf die Beine gebracht hatte, war die Vorstellung des Ergebnisses eines städtebaulichen Wettbewerbs zur neuen Wohnbebauung an der Michelangelostraße. Die Behandlung des Punktes musste wegen Platzmangel abgesetzt werden.

In einer Sondersitzung am 10. März im BVV-Saal wurde die Vorstellung, wieder mit großer Anwohnerbeteiligung, nachgeholt. Das Bebauungskonzept des Wettbewerbssiegers wurde präsentiert und erläutert. Es soll nun in mehreren Schritten vertieft und in ein Bebauungsplanverfahren überführt werden, das Stadtrat Kirchner (Grüne) bis 2018 durchführen will. Mit dem Bauen könnte 2019 begonnen werden. Das ist noch „sehr sportlich“, wie Kirchner einräumte.

Grundsätzlich hält die Linksfraktion eine ergänzende Wohnbebauung an der Michelangelostraße für städtebaulich sinnvoll gestaltbar. Allerdings weist das vorgestellte Konzept erhebliche Defizite auf, die vermutlich aus den Zwängen der Aufgabenstellung resultieren. Einerseits werden viel zu viele Wohnungen geplant. Das ließe die Bebauung zu dicht und zu massiv werden. Andererseits bleibt die überbreite Michelangelostraße wegen der weiterhin verfolgten Planung des „Mittleren Ringes“ (A 100) unangetastet. In der Konsequenz führt das absehbar zu einer Minderung der Wohnqualität in den Bestandswohnungen. So sind beispielsweise die Wohnriegel, die an der Nordseite der Straße unmittelbar vor die Zeilenbauten der Wohnungsbaugenossenschaften Zentrum und Merkur gesetzt werden sollen, augenscheinlich unverträglich für viele Bestandswohnungen.



Michelangelo-/Greifswalder Straße

Ein grundlegendes Manko des planerischen Herangehens beruht auf der Abgrenzung des Plangebietes. Das Wohnquartier südlich der Hanns-Eisler-Straße bleibt ausgespart. Das führt bei der Bearbeitung der Parkplatzproblematik zur absurden Situation, dass die Stellplätze an der Hanns-Eisler-Straße nicht im Zusammenhang mit den Bestandswohnungen der angrenzenden Wohnsiedlung gedacht werden. Dabei waren bei der Errichtung des Gebietes die Parkplätze größtenteils vor die Wohnbebauung nach außen verlagert worden. Die kann man jetzt nicht einfach als entbehrlichen Luxus bezeichnen, wenn man gleichzeitig für die Neubauten vier neue Stellplätze auf zehn Wohnungen plant. Dass man 1.178 neue Stellplätze in Tiefgaragen unter die neuen Wohnblöcke und einen Sportplatz plant und somit eine großflächige Versiegelung des Gebietes herbeiführt, scheint stadttökologisch eine unausgelegene Idee zu sein.

Der Planungsprozess steht noch am Anfang. Wenn nicht einige Grundparameter der Planung erheblich verändert werden, wird schwerlich etwas Gutes für die Stadt herauskommen. Am 9. April wird in einer Bürgerversammlung in der Gethsemanekirche eine Vorstellung des Projekts durch die Senatsbaudirektorin Regula Lüscher erfolgen.



Michail Nelken
Bezirksverordneter

Thälmannpark

> Eilige Investoren-Bauplanung

In der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 12. Februar verkündete Stadtrat Kirchner (Grüne) die Absicht, einen Bebauungsplan aufzustellen. Er soll den Bereich südlich der Stadtbahn vom Planetarium, das Schulgrundstück, die Schwimmhalle, die Parkplätze an der Lilly-Hennoch-Straße sowie das gesamte Grundstück des Investors Gérôme umfassen. Auf den Vorhalt, dass die zukünftige Nutzung der ehemaligen Bahnflächen noch gar nicht entschieden sei, antwortet der Stadtrat, dass für ihn die Wohnbebauung auf dem Bahnhofsareal und den Parkplätzen feststünde. Der eingereichte Bürgerantrag mit über 1.000 Unterschriften zum Erhalt der Parkplätze interessiert ihn sichtlich nicht. Er gehe von einem Aufstellungsbeschluss durch das Bezirksamt im Sommer 2015 aus.

Die Linksfraktion widersprach dieser Forcierung des B-Planverfahrens. Aus unserer Sicht ist eine Wohnbebauung bislang städtebaulich nicht begründet worden. Investorenwünsche sind keine



Thälmann-Denkmal an der Greifswalder Straße

hinreichende städtebauliche Begründung. Der von der Initiative Teddy 2.0 alternativ vorgeschlagene Grünzug mit öffentlicher Infrastruktur ist für den dicht bebauten Ortsteil die städtebaulich vernünftige Entwicklungsperspektive.

Die Vertreter der Anwohnerinitiative Thälmannpark kritisierten das Vorgehen des Bezirksamtes. Es würden Tatsachen geschaffen, bevor die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie vorlägen und mit den Bürgern diskutiert seien.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

Besser so für Berlin

> Berlin scheitert mit Olympiabewerbung

Am 16. März fiel im Präsidium des DOSB die Entscheidung, dass Hamburg und nicht Berlin sich beim IOC für die Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahre 2024 bewerben wird. Ein Glück, dass der Kelch an Berlin vorübergegangen ist.



Die Schwimmhalle an der Landsberger Allee ist ein gewaltiges Minus-Geschäft.

Bereits im Vorfeld hatte ich als Sprecher der Berliner Landesgruppe unserer Fraktion und als im Wahlkreis Pankow direkt gewählter Abgeordneter in einem Brief an DOSB-Präsident Alfons Hörmann meine Ablehnung einer Berliner Kandidatur zum Ausdruck gebracht. Denn schon das bisherige Procedere der Kandidatur war von zweifelhafter Natur. Statt eines transparenten Wettbewerbs

von Argumenten und Fakten erlebten wir in den letzten Wochen ein schlichtes und gleichwohl kostspieliges Buhlen um Sympathien. Mit mäßigem Erfolg bei den Berlinerinnen und Berlinern, wie man mittlerweile weiß. In Pankow stimmte in der Forsa-Umfrage mit 51 Prozent der Befragten gar eine Mehrheit gegen eine Olympiabewerbung.

Ein Tiefpunkt war die Posse um die Verwendung des Wortes Olympia auf Werbeschildern. Sie gab uns schon mal einen Vorgeschmack darauf, mit welchen harten Bandagen das IOC das Regime in der Stadt übernommen hätte.

Einer Stadt, die mit 63 Milliarden Euro verschuldet ist, der es in Größenordnung an bezahlbarem Wohnraum fehlt, an intakten Schulen und nutzbaren Sportstätten.

Schon einmal hatte Berlin sich um die Spiele beworben, nach dem Fall der Mauer für das prestigeträchtige Datum 2000. In Prenzlauer Berg sind mit dem Velodrom, der angrenzenden

Wahlkreisbüro Stefan Liebich

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
(gegenüber der Alten Pfarrkirche)
Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner
stefan.liebich.ma04@bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408



Schwimmhalle und der Max-Schmeling-Halle drei Großsportstätten für über 400 Millionen Euro entstanden, die seit ihrer Errichtung ein Defizit erwirtschaften. Allein die Schwimmhalle weist bei ihren Betriebskosten von 1999 bis 2013 ein Minus von 47,7 Millionen Euro aus.

Ganze neun Stimmen erhielt die Stadt damals von den IOC-Mitgliedern.

Nun ist an der Zeit, dass sich der Berliner Senat aus SPD und CDU den wirklichen drängenden Probleme dieser Stadt widmet. **Stefan Liebich**

Mitglied des Bundestages

Kurz aus dem Kiez

> Berlins höchster Berg

... liegt in Pankow. Die Bauschuttdeponie in Arkenberge soll mit 122 Meter nunmehr die höchste Erhebung Berlins sein. Gute Aussichten.

> Demokratie geht baden

Der Senat hat Angst vorm Bürger-votum. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zieht das laufende Planverfahren für das umstrittene Vorhaben für die Bebauung des Mauerparks an sich und versucht so, das hiergegen gerichtete Bürgerbegehren auszuhebeln. Der neue Senator Geisel (SPD) erklärte das Gelände nördlich des Gleimtunnels zu

Kurz aus dem Kiez

einem "Gebiet von außergewöhnlicher stadtpolitischer Bedeutung". Dort plant die Groth-Gruppe über 700 Wohnungen.

> Hurtig Hort

Für alle Kinder, die zum Schuljahr 2015/2016 eingeschult werden und die auf eine Hortbetreuung angewiesen sind, müssen jetzt umgehend die Hortanträge gestellt werden. Andernfalls kann eine rechtzeitige Bearbeitung nicht gewährleistet werden.

> Attraktiver Paracelsus

Die am S-Bahnhof Heinersdorf gelegene Grünanlage an der Paracelsus-

Kurz aus dem Kiez

straße soll attraktiver werden. Das hat die BVV beschlossen. Nun ist der Ausschuss für Stadtentwicklung und Grünanlagen gefragt.

> Größere Pustebume

Die Pustebume-Grundschule in der Kastanienallee wird alsbald mit mobilen Erweiterungsbauten erweitert. Wachsende Schülerzahlen führten zu großen Platzproblemen.

> Rekordleser

Über 762.000 Pankower und damit rund sieben Prozent mehr nutzten 2014 das Angebot der öffentlichen Bibliotheken.

Für eine soziale Wohnungswirtschaft

➤ **Für bezahlbares und gutes Wohnen**

Auch wenn der Senat verkündet, fast alles für bezahlbares Wohnen zu tun, steigen die Mieten und die Einkommensentwicklung hält hiermit nicht Schritt. Menschen mit geringen Einkommen haben immer größere Probleme, in Berlin eine Wohnung zu finden oder ihre Wohnung zu halten.

Berlin besitzt knapp 300.000 Wohnungen. Das Ziel des Senats von 400.000 städtischen Wohnungen unterstützen wir. Gebraucht wird aber auch ein größerer Wohnungsbestand zu sozial tragbaren Mieten. Mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften wollen wir deshalb den Einstieg in eine soziale Wohnungswirtschaft beginnen. Sie sollen künftig mit konkreten Vorgaben auf die wohnungspolitischen Ziele des Landes verpflichtet werden. Der Kern der vorgeschlagenen Neuausrichtung ist, dass die kommunalen Gesellschaften als Gegenleistung für eine regelmäßige Eigenkapitalzufuhr dauerhaft und jährlich wachsend zusätzlich eine bestimmte Zahl von Wohnungen zu fixierten Höchstmieten zur Verfügung stellen.



Foto: Rico Prauss

Dazu müssen sie wirtschaftlich gestärkt werden. Durch die langjährige Konsolidierung sind sie zwar in einer guten wirtschaftlichen Verfassung. Auch der weitgehende Verzicht auf Gewinnentnahme, die Direkteinbringung von Grundstücken und die Bereitstellung von Fördermitteln verbessert ihre Wirtschaftlichkeit. Das alles reicht aber nicht aus. Die städtischen Gesellschaften müssten zusätzlich Kredite aufnehmen und ihre Einnahmen steigern, das führt zu Mieterhöhungen.

Unser Vorschlag ist ein anderer: Für Ankauf, Neubau, Bestandsentwicklung und soziale Mietgestaltung soll das Land Berlin jährlich mit insgesamt mindestens 100 Millionen Euro das Eigenkapital der Gesellschaften erhöhen. Daraus sollen die neuen Verpflichtungen aus der präzisierten Unternehmensstrategie finanziert werden. Für die Mietgestaltung in den Beständen

sollen mietendämpfende Kriterien gelten. Dazu zählen: keine Neuvermietungszuschläge ohne Wohnwertverbesserung, Beibehaltung der alten Mietvertragskonditionen und der Quadratmetermiete bei Wohnungstausch in kleinere Wohnungen, deutliche Unterschreitung der Mieterhöhungsmöglichkeiten nach Modernisierung.

Wir wollen zudem, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften ihre Rolle als Partner einer sozialen Stadt(teil)entwicklung ausbauen. Individuelle, auf die Einkommenssituation der jeweiligen Mieter zugeschnittene Modernisierungsvereinbarungen sollen Standard

werden. Mieterinnen und Mieter sollen bei Modernisierungen mitentscheiden.

Katrin Lompscher
Mitglied des
Abgeordnetenhauses



Niedlich, aber mehr auch nicht

➤ **Das Mietpreisbremschen kommt – es ist besser als nichts**

Die Mieten steigen und die Koalition hat angekündigt, etwas dagegen tun. Deshalb wurde am 6. März im Bundestag ein „Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung“ beschlossen.

Warum die sogenannte Mietpreisbremse nicht überall gelten soll, wissen nur der Himmel und die Koalition. Schließlich haben wir in den vergangenen Jahren gesehen, wie schnell aus einem entspannten, ein angespannter Markt werden kann. Bei Neuvermietung darf die Miete künftig nicht mehr als zehn

Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Kein Pappenstiel würde eine aufstockende Vollzeitkraft vielleicht sagen, aber die interessiert ja nicht sonderlich.

DIE LINKE hat mit einem Änderungsantrag klar gemacht, wie aus dem Bremschen – denn mehr ist es nicht – eine taugliche Bremse werden könnte. Sie sagt: Der Mindestlohn muss wirklich durchgesetzt, die Kosten der Unterkunft für Transferleistungsbeziehende müssen den realen Gegebenheiten angepasst werden. Sie will das Höchstgebot beim Verkauf bundeseigener Immobilien abschaffen (denn das öffnet Privatisierun-

gen und Mietpreistreiberei Tür und Tor). Sie fordert, dass die Bildung der örtlichen Vergleichsmiete reformiert wird, so dass alle bestehenden Mieten einbezogen werden. Und sie will den Schutz der Mieter_innen vor Eigenbedarfskündigungen stärken, sowie die „Räumung im einstweiligen Verfahren“ abschaffen, durch die Menschen obdachlos werden. Nun

haben wir stattdessen ein Bremschen. Besser als nichts, aber auch nicht schön.

Halina Wawzyniak
Mitglied des
Bundestages



Olympiaentscheidung ist gut für Berlin

> DOSB favorisiert Hamburg

Nach dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld gaben sich SPD und CDU zerknirscht und versprachen zukünftig mehr Bürgerbeteiligung. Kein volles Jahr später zeichnet sich ein gänzlich anderes Bild ab. Bezirkslichen Bürgerbegehren wie zum Mauerpark wurde per Senatsbeschluss die Grundlage entzogen. Das Baugesetz wird geändert, um selbst bei kleineren Bauprojekten die Bürgerbeteiligung einzuschränken.

Nicht anders verhielt es sich in Falle der Olympiaentscheidung. Wenn die Entscheidung für eine Olympiabewerbung auf Berlin gefallen wäre, wollte der Senat mit einer „Volksbefragung von oben“ die Verfassung umgehen. Zum Glück hat sich dies nun erledigt. Die Entscheidung des Deutschen Olym-

pischen Sportbundes (DOSB) bietet Berlin die Chance, sich ab sofort wieder auf seine eigentlichen Herausforderungen zu konzentrieren, statt seine Kraft und Millionen von Euro in ein Prestige-Projekt zu stecken.

DIE LINKE. Berlin hat von Anfang an klargestellt, dass wir eine Olympiabewerbung Berlin in der momentanen Situation für falsch halten. Solange der Senat nicht aufzeigen kann, wie er den auch ohne Olympia schon hohen Investitionsbedarf in die soziale und kulturelle Infrastruktur der Stadt gewährleisten will und solange DOSB und IOC selbst nicht deutlich erkennen lassen, dass sie zu einer Abkehr von dem Gigantismus bei Olympischen



Falkplatz/Gaudystraße

Spielen wie auch der bisherigen Praxis der Host-City-Verträge bereit sind, solange ist es besser, die Finger von solchen Projekten zu lassen.

Wir drücken von nun an der Nolympiabewegung in Hamburg die Daumen, dass sich insbesondere letztere Einsicht auch in ihrer Stadt noch durchsetzt.



Klaus Lederer
Landesvorsitzender
DIE LINKE Berlin

Für Berlin.

> Nicht für die Spiele.

Glück gehabt: Unserer Stadt bleibt ein milliardenschweres finanzielles Risiko erspart. Hamburg wird sich um die Olympischen Spiele 2024 bewerben. Die Attraktivität und Weltoffenheit Berlins wird daran keinen Schaden neh-

men. Vor der Entscheidung des DOSB wurde ich in den letzten Wochen immer wieder gefragt: „Du bist doch sportbegeistert. Warum bist Du dann nicht für Olympia?“ Da habe ich gesagt, dass ich eine Bewerbung Berlins falsch finde, weil Olympia die Probleme unserer Stadt nicht löst, sondern verschärft.

SPD und CDU hatten sich nach dem Scheitern von Tempelhof doch nur deshalb „Wir wollen die Spiele“ auf die Fahnen geschrieben, weil ihnen sonst nichts mehr einfiel. Weil sie bei allen wichtigen Fragen für die Stadt streiten. Weil sie zwar viel darüber reden, es aber nicht hinbekommen, mehr bezahlbare Wohnungen zu schaffen, für ausreichend Personal in den Verwaltungen zu sorgen oder marode Brücken zu sanieren. Deshalb vertröstete die SPD-CDU-Koalition die Berlinerinnen und Berliner auf die Spiele und damit auf die Zukunft. Mit Olympia sollte alles besser werden. Doch was Tourismus, Internationalität und Weltoffenheit betrifft, ist unsere Stadt jetzt schon toll. Auch sportliche Großveranstaltungen wie den Marathon oder das Finale der Champions League

kann Berlin. Nur geht es bei Olympia um andere Dimensionen. Es macht einen Unterschied, ob ich eine Sportstätte saniere und künftig auch als inklusive Sportstätte nutzen kann oder ob ich eine Halle olympiatauglich ausstaffiere. Das ist es nicht, was die Stadt braucht.

Dass dieser Senat nun auch ohne Olympia tut, was getan werden müsste, werden wir jetzt verstärkt fordern. Wir erwarten, dass er endlich seine Versprechen einlöst und nachhaltig in Infrastruktur, bezahlbare Mieten und Personal investiert. Die nicht mehr für die Spiele benötigten 2,4 Milliarden Euro können jetzt ja vernünftig ausgegeben werden. Wobei bezweifelt werden darf, dass die Koalition noch irgendetwas hinbekommt. Denn 2016 wird in Berlin wieder gewählt, und SPD und CDU sind bereits im Vorwahlkampf. Auf Olympia können sie die Bürgerinnen und Bürger jetzt jedenfalls nicht mehr vertrösten.



Udo Wolf
Fraktionsvorsitzender

BÜRGERBÜRO

**Elke Breitenbach –
Katrin Möller – Udo Wolf**

Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77



Billigpuzzle Bäderkonzept

➤ **Thomas-Mann-Schwimmhalle soll erst 2017 wieder eröffnen**

Das Bäderkonzept des Berliner Senats wurde lange angekündigt, im Geheimen diskutiert, es weckte Erwartungen. Heraus kam ein Fragment. Ein „so genanntes Bäderkonzept“. Ein Billigpuzzle, bei dem Teile fehlen. Nein, dieser Senat kann eben auch nicht Bäder.

Das interessanteste ist der Anhang. Dort kann man ablesen, wie hoch der Sanierungsstau bei welchen Bädern ist – insgesamt 93 Millionen Euro, dass das Personal älter wird und ersetzt werden muss (hört, hört). Dass Besucherzahlen sanken.

Aber Schlussfolgerungen, was wo wann getan muss, werden nur angedeutet. Man hüllt sich in Schweigen, nach welcher Priorität Bäder saniert werden müssen, um das erklärte Ziel – den Erhalt der vorhandenen Bäderfläche insgesamt – wirklich erreichen zu können. Der eingeschlagene Weg der wirtschaftlichen Konsolidierung – was bedeutet, dass

zwei-, in manchen Bädern dreimal eine Erhöhung der Eintrittstarife erfolgte – soll fortgesetzt werden.

Mit besonderem Interesse wurde der Vorschlag aufgenommen, zwei Kombibäder neu zu bauen, eines davon in der Wolfshagener Straße in Pankow. Kein neuer Gedanke. Aber als es vor zehn Jahren schon einmal darum ging, gab es um das Grundstück Eigentumsstreitigkeiten. Diese sind jetzt ausgeräumt und eigentlich könnte es sofort losgehen. Aber nein, es gibt Koalitionsgerangel. Zuerst wird in Marienfelde (für die CDU) gebaut, angegebene Gesamtbauzeit 52 Monate (!!!). Kosten pro Bad ca. 30 Millionen Euro. Erst danach wird man in Pankow beginnen. Also: Wir werden uns gedulden müssen. Immerhin spricht man ja in Pankow wieder über ein



Schwimmhalle an der Thomas-Mann-Straße

Freibad. Außerhalb des Bäderkonzepts, sozusagen als Teil des Gesamtziels, dass die gesamte Bäderfläche in Berlin erhalten werden soll, beginnt in diesem Jahr im zweiten Anlauf nach 2012 die Sanierung des Bades in der Thomas-Mann-Straße. Dafür sind im Wirtschaftsplan 2015 2,5 Millionen Euro eingestellt. Mir scheint es



realistisch zu sein über eine Wiedereröffnung im ersten Halbjahr 2017 zu spekulieren.

Gabriele Hiller
Mitglied des Abgeordnetenhauses

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

31. März • 10 Uhr Diskussion / Vortrag
„Kapitalistische Krisen – Was ist der staatsmonopolistische Kapitalismus?“ mit Prof. Dr. Gretchen Binus, Helle Panke e.V., Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

8. April • 19:30 Uhr Diskussion / Vortrag
„r2g Thüringen: 100 Tage sind vergangen“ mit Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, Chef der Staatskanzlei, im Rosa-Luxemburg-Saal, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

9. April • 19:30 Uhr Diskussion / Vortrag
„Sozialismus der Freiheit – Karl Polanyis Vision einer alternativen Gesellschaft“ mit Prof. Dr. Michael Brie, Helle Panke e.V., Kopenhagener Str. 9

13. April • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

14. April • 10 Uhr Diskussion / Vortrag „Die Hintergründe der Krise in der Ukraine und die Haltung Russlands“ mit Wolfgang Grabowski, Helle Panke e.V., Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28

19 Uhr Stammtisch „Das politische Wohnzimmer“ für Neue- für Ungebundene- und alle anderen im Abgeordnetenbüro Erich-Weinert-Str. 6

15. April • 18 Uhr Mieterforum Pankow: „Prima Klima ohne Mieter - Wie ökologisch und sozial ist energetische Modernisierung?“, WABE, Danziger Straße 101

21. April • 19 Uhr Diskussion / Vortrag „Wie weiter in Griechenland? – Zur Situation nach dem Wahlerfolg von SYRIZA“ mit Andreas Wehr, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

25. April • 19:30 Uhr LINKE Woche der Zukunft: LINKE flüchtlingspolitische Vorschläge für Länder und Kommunen am Beispiel Berlin, Franz-Mehring-Platz 1 (Franz-Mehring-Platz 1, ND-gebäude) am Ostbahnhof

27. April • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

1. Mai • 13 Uhr 1. Mai-Fest an der Bötzwische am Kino am Friedrichshain

4. Mai • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

18. Mai • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

Berlinxx.net

Greifswalder Straße 220
10405 Berlin

030/547 13 44 8
030/547 13 44 9
buero@berlinxx.net



Offenes Bürgerbüro von
Carola Bluhm, Uwe Doering
und **Klaus Lederer**



Stammtisch

> Griechischer Wein

Der Wahlsieg der griechischen Linken sollte beim Sonntagsstammtisch diskutiert werden. Es wurde hitzig. Die Zweiliter-Flasche Imiglykos war schnell ausgetrunken.

Manfred: Die „Das Ende der Eiszeit“ hat es uns allen angetan. Die Not der Griechen, verursacht durch das Spardiktat der Troika, hat das griechische Volk zur Wahl einer linksgerichteten Regierung „verführt“. Die schlimme Beschimpfung „faule Griechen“ hat das Fass zum Überlaufen gebracht.

Lena griff gleich ein: Mehr als 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit, 25 Prozent Arbeitslosigkeit generell, Rentenkürzungen, Zerstörung des Gesundheitswesens, weitere soziale Einschnitte brachten Not. Die SYRIZA in Koalition mit den „Unabhängigen Griechen“ bildeten eine Regie-

rung, die ihre Wahlversprechen schnellstens erfüllen will.

Anna: Nur, es fehlt das Geld, denn die Europäische Union sperrt den versprochenen Kredit. Manfred setzte fort: Was nach der Regierungserklärung und dem Besuch des griechischen Finanzministers in Brüssel begann, waren Auslassungen, die aus der Zeit des kalten Krieges übernommen schienen. Die „gierigen Griechen“ – unter diesem Motto und vielen anderen Beschimpfungen wurden Erpressungen gestartet, um das „Forderungspaket“ zu erhalten. Aber das gerade war die wichtigste Ursache für den Niedergang der griechischen Wirtschaft.

Mein Abschluss: Die Europäische Union mit der deutschen Regierung an der Spitze hat ihr brutales kapitalistisches Gesicht gezeigt. Warnung: Wer mit sozialen Verbesserungen die Lage der Arbeiter ändern will, muss gegen das Kapital antreten und er spielt mit seinem Untergang.

Klaus Flemming

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Fennstraße 2, 13347 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 15. Januar 2015
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 4.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 26. Mai 2015.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Rico Prauss, Michael van der Meer, Michail Nelken, Stefan Liebich, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Hartmut Seefeld, Matthias Zarbock, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!
Empfänger: DIE LINKE Berlin
Konto-Nr.: 43 84 81 68 00
BLZ: 100 200 00
Verwendungszweck: 810-505

SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

				8	5		3
9		4		3	5		6
	5			2	4		
		3		8			6
		8	2		7		
						9	5
						2	9
		7	9			1	
	2					4	7

			3	2			
		3	9				8
						9	7
7	9			3		4	
				7	9	1	
							3
							4
2		8				7	
		5	6		4		9

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.